



Pro und contra DMRS:

DRMS können die Verwertungsgesellschaften nicht ersetzen

Alfred Meyer

Dr. iur., Generaldirektor SUISA, Zürich

Digitale und kollektive Verwertung von Urheberrechten sind keine Gegensätze. Die Verwertungsgesellschaften auf der ganzen Welt verwenden seit 1976 gemeinsame digitale Systeme für die Dokumentation der Werke und für die Abrechnung an die Rechtsinhaber (Urheber, Verleger, Interpreten, Produzenten, Sender). Seit 1994 entwickeln sie ein Netzwerk für den Austausch der Daten, die für die Abrechnung von Milliarden von Werkverwendungen für Millionen von Rechtsinhabern im Zeitalter des Internet erforderlich sind. Die Verwertungsgesellschaften sind daher nicht gegen Digital Rights Management Systems (DRMS) eingestellt.

Nun wird aber die Ansicht vertreten, DRMS seien geeignet, die kollektive Verwertung von Internet-Nutzungen und die Vergütung auf beispielbare Träger (Leerträger-Vergütung) und auf Aufnahmegeräten (Gerätevergütung) überflüssig zu machen. Gewisse Rechte könnten dank DRMS von den Rechtsinhabern individuell und gezielt (statt durch Verwertungsgesellschaften und pauschal wie durch die Leerträger-/Gerätevergütung) verwaltet werden. Diese Ansicht wird insbesondere vertreten von den Herstellern von Leerträgern und von Aufnahmegeräten, die ihre Produkte ohne Leerträger-/Gerätevergütung billiger oder mit höherer Marge verkaufen wollen, sowie von der Software-Industrie, welche wohl dereinst DRMS als Massenprodukt vermarkten möchte.

Die Verwertungsgesellschaften sind Treuhänder der Rechtsinhaber. Sie verstehen sich deshalb nicht a priori als Verteidiger der kollektiven Rechtswahrnehmung. Die Verwertungsgesellschaften verwalteten diejenigen Rechte kollektiv, die ih-

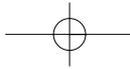
nen von den Rechtsinhabern anvertraut werden. Rechte, welche die Rechtsinhaber nicht mit vertretbarem Aufwand individuell verwalten können. Der Anteil der kollektiv verwalteten Rechte im Verhältnis zu den individuell verwalteten Rechten ist von Repertoire zu Repertoire verschieden. Im Bereich der Musik ist der kollektiv verwaltete Rechte-Anteil wohl am grössten, im Bereich der bildenden Kunst beispielsweise ist er geringer. Im folgenden sei von der Musik die Rede.

Der Stand der Technik

Die heutigen DRMS sind proprietäre Systeme, entwickelt für bestimmte Geschäftsmodelle von bestimmten Content Providern.

Diese proprietären DRMS ermöglichen eine einigermaßen sichere Übertragung von Inhalten on-line zwischen Content Providern und Konsumenten. Private Kopien werden jedoch in erheblichem Ausmass off-line hergestellt, auf CD-Brennern, DVD-Brennern, etc. Für den off-line-Bereich existiert kein funktionierendes DRMS. Man kann sich zwar vorstellen, dass dereinst jedes zur privaten Vervielfältigung geeignete Gerät mit einer Vorrichtung ausgerüstet wird, welche - entsprechende Kennzeichnung der Werke vorausgesetzt - den einzelnen Rechtsinhabern über Datennetze meldet, welches Werk nun privat überspielt wird. Ob solche Geräte gekauft werden, solange herkömmliche Aufnahmegeräte erhältlich sind, ist fraglich. Zudem ist ein Geschäftsmodell dafür nicht erkennbar. Bei der individuellen Rechtswahrnehmung wird ja wohl beispielsweise der Preis für das private Kopieren von Werk zu Werk verschieden sein.

Résumé: Les «digital rights management systems» (DRMS) ne rendront pas superflue la gestion collective des droits d'auteur pour les utilisations sur Internet, ni la redevance sur les cassettes vierges et les appareils. Pour des raisons techniques, les DRMS actuels ne pourront pas non plus assurer à moyenne échéance une gestion individuelle et ciblée des droits pour les utilisations en ligne et la copie privée. En outre, la gestion individuelle des droits sur des œuvres auxquelles un grand nombre d'ayants droit participe n'est pas praticable. Par ailleurs, en assurant la gestion collective, les sociétés de gestion rendent des services que ne peuvent pas fournir les DRMS. Enfin, l'écrasante majorité des ayants droit souhaite, au moins dans le domaine de la musique, que ses droits sur les utilisations en ligne et la copie privée continuent d'être gérés collectivement par les sociétés de gestion.



En point de mire Im Brennpunkt

.....
Meyer | DRMS kann die Verwertungsgesellschaften nicht ersetzen

Zusammenfassung:
Digital rights management systems (DRMS) machen die kollektive Verwertung von Urheberrechten für Internet-Nutzungen sowie die Leerträger- und Gerätevergütung nicht überflüssig. Eine individuelle und gezielte Rechte-Wahrnehmung für on-line-Nutzungen und für privates Kopieren wird auch durch DRMS in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Die bisher existierenden DRMS sind dazu auch in mittlerer Zukunft technisch nicht in der Lage. Ferner ist die individuelle Verwertung von Rechten an Werken, an denen eine Vielzahl von Berechtigten beteiligt ist, nicht praktikabel. Zudem leisten die Verwertungsgesellschaften mit der kollektiven Verwertung Dienste, welche von DRMS nicht übernommen werden können. Und schliesslich will die überwiegende Mehrheit der Rechtsinhaber mindestens im Bereich der Musik ihre Rechte für on-line-Nutzungen und für das private Kopieren weiterhin kollektiv durch ihre Verwertungsgesellschaften verwalten.

Der Preis für eine private Kopie eines Musikwerks - ob off-line oder als download von einem on-line-Angebot - bewegt sich heute im Rappenbereich. Höhere Beträge könnten allenfalls für Welthits verlangt werden. Selbst wenn also DRMS als Massenprodukt für die individuelle Rechteverwaltung erhältlich sein werden, so werden Kosten und Zeitaufwand für deren Betrieb für die meisten Rechtsinhaber im Verhältnis zum Ertrag kaum vertretbar sein.

Die Beteiligungsverhältnisse

An fast allen Musikwerken und an fast allen Aufnahmen sind mehrere Rechtsinhaber beteiligt (Komponisten, Textautoren, Interpreten, Bearbeiter, Verleger, Produzenten). Der einzelne Rechtsinhaber kann gewisse Ansprüche - beispielsweise für die on-line-Übertragung - nicht alleine geltend machen. Er muss ohnehin einen Vertreter bezeichnen.

Umgekehrt wollen die Content Provider - und schon gar nicht die Konsumenten - die Vergütung nicht an alle einzelnen an einem Werk oder an einer Darbietung Beteiligten verteilen. Die Kosten für eine solche Dokumentation sind für sie zu hoch. Und sie kennen in der Regel diese Beteiligungen nicht. Sie werden die Vergütungen für ein Musikwerk oder für eine Darbietung nur an je einen einzigen Vertreter der Rechtsinhaber überweisen wollen (zum Beispiel, wie dies heute die content provider tun, die DRMS einsetzen, an die Verwertungsgesellschaft, an den Produzenten), nicht an die einzelnen Urheber oder Interpreten.

Die Rolle der Verwertungsgesellschaften

Die Verwertungsgesellschaften erfüllen Funktionen, welche von DRMS nicht übernommen werden können. Es wurde bereits erwähnt, dass sie eine umfangreiche Dokumentation führen über Rechtsinhaber, Werke, Darbietungen und Verträge, die über diese Werke oder Darbietungen abgeschlossen wurden. Die Verwertungsgesellschaften überwachen den Markt. Sie verhandeln mit den marktmächtigen Nutzerorganisationen Tarife. Sie setzen die Urheberrechts-Vergütungen notfalls vor Gericht durch. Sie bekämpfen die illegale Nutzung

(Piraterie). Sie setzen sich ein für die Entwicklung der Urheberrechts-Gesetzgebung. Sie ermöglichen schon durch ihr Kerngeschäft (Lizenzierung und Verteilung) ein lebendiges Kulturleben. Viele von ihnen leisten darüber hinaus Beiträge an die Förderung des Werkschaffens und an die Alters- und Hinterlassenenvorsorge der Künstler. Sie erteilen Rechtsauskünfte an Mitglieder und Nutzer.

Die Nutzer erhalten von den Verwertungsgesellschaften gewisse Rechte an einem Weltrepertoire. Die Verwertungsgesellschaften sind «one-stop-shops». Sie ermöglichen es sowohl den Nutzern als auch den Rechtsinhabern, den Aufwand für die Regelung der Urheberrechte zu reduzieren.

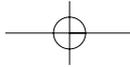
Die Haltung der Rechtsinhaber

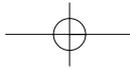
Die Musik-Urheber und eine grosse Mehrheit ihrer Verleger wollen ihre on-line-Rechte und ihre Rechte für das private Kopieren weiterhin durch Verwertungsgesellschaften verwalten lassen.

Denn DRMS sind in absehbarer Zeit keine Alternative zur kollektiven Verwaltung und sie sind in absehbarer Zeit auch keine Alternative zur Leerträger- und/oder Geräte-Vergütung. So einleuchtend der Gedanke ist, dass eine gezielte Rechtswahrnehmung (eine Vergütung für jedes einzelne kopierte Werk, die den Inhabern der Rechte an diesem einen Werk zukommt) vorzuziehen ist einer pauschalen Rechteabgeltung durch Leerträger-/Gerätevergütungen: Das private Kopieren wird auf längere Zeit hinaus nicht umfassend kontrolliert werden können. Eine umfassende Kontrolle des privaten Kopierens würde zudem bisher kaum gelöste Probleme des Schutzes der Privatsphäre und des Datenschutzes mit sich bringen. Aus all diesen Gründen können auf absehbare Zeit nur die von den Verwertungsgesellschaften kassierten Leerträger-/Gerätevergütungen den Rechtsinhabern eine angemessene materielle Entschädigung für die Vervielfältigung ihrer Werke im privaten Bereich verschaffen. ■

Der Autor äussert in diesem Beitrag seine persönliche Meinung.

Den Gegenstandspunkt zu diesem Beitrag lesen Sie auf S. 69 f.





En point de mire
Im Brennpunkt

Pro und contra DMRS:

Neue Geschäftsmodelle mit DRMS

Peter Vosseler

Dr. iur., Rechtsanwalt, Geschäftsführer IFPI Schweiz, Zürich

Die Frage, ob Digitale Rechtewahrnehmung, auf gut deutsch «DRMS» und kollektive Verwertung nebeneinander stehen und sich sinnvoll ergänzen könnten, scheint allgemein nicht von Interesse zu sein. Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Debatte über DRMS in der Regel emotional geführt wird, wobei die beiden Extreme entweder vor dem Ende der bürgerlichen Freiheit warnen und DRMS als undemokratisch und menschenverachtend kategorisch ablehnen oder aber DRMS mit messianischen Heilsvorstellungen begrüßen und die Abschaffung der Verwertungsgesellschaften fordern. Das Spannungsfeld zwischen diesen beiden Extremen ist breit gefächert, wobei viele ihre Hoffnung auf digitale Rechtewahrnehmung setzen, während wiederum andere die Wirksamkeit von DRMS bezweifeln.

Wo sind nun in diesem Meinungsdschun- gel die Schweizer Produzenten zu finden? Die in der IFPI Schweiz vertretenen Produzenten von Ton- und Tonbildträgern stehen der digitalen Rechtewahrnehmung grundsätzlich positiv gegenüber. Die digitale Technik hat die Situation im Ton- und Tonbildträgerbereich grundlegend beeinflusst:

- Sie hat die Nutzungsmöglichkeiten und Vertriebswege von Ton und Bild aufgrund des erleichterten Datentransports (Stichwort: Breitband) vergrößert und gleichzeitig die Qualität der Aufnahmen erheblich verbessert.
- Sie hat Ton- und Tonbildträger aber auch sehr viel empfindlicher gegen Missbrauch gemacht, da diese ohne Qualitätsverlust einfach, schnell und günstig von jedermann kopiert und auf

immer leistungsfähigeren Netzwerken ausgetauscht werden können.

- Sie ermöglicht die digitale Wahrnehmung von Rechten. DRMS sind damit eine wichtige Komponente im Bereich der digitalen Auswertung, welche die neuen Vertriebswege sichern und vor Missbrauch schützen kann.

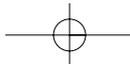
Vorteile der digitalen Rechtewahrnehmung

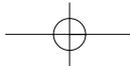
DRMS ermöglichen den Kulturschaffenden die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, die den Nutzern eine grössere Vielfalt an Musik und Film in erstklassiger Qualität ins Haus bringen. Die Auswahl einzelner beliebter Tracks durch Download, sog. individuelle Hitkoppelungen, sowie Abruf- und andere Abonnementsdienste mit Vereinbarungen darüber, ob und wie lange eine bestimmte Aufnahme auf der Festplatte eines Nutzers genutzt werden darf, d.h. ob sie nur angehört oder auch gespeichert und möglicherweise an Dritte weitergegeben werden darf, sind nur einige Beispiele auf der breiten Angebotspalette. Diesen unterschiedlichen Vertriebsmodellen ist ein Aspekt gemeinsam: Sie funktionieren auf der Grundlage digitaler Rechtewahrnehmungssysteme. DRMS können nämlich ganz umfassend Informationen steuern, die zur Durchführung solcher Angebote notwendig sind. Sie kommen also dem Nutzer durchaus zugute, denn sie erweitern seine Auswahlmöglichkeiten in ganz beträchtlicher Weise. Der von Charles Clark vor etlichen Jahren zukunftsweisend ins Leben gerufene Satz: «the answer to the machine is in the machine» hat sich also grundsätzlich bewährt.

Résumé: *Pour les producteurs suisses de phonogrammes et de vidéo-grammes regroupés au sein de l'IFPI Suisse, la gestion numérique des droits d'auteur est tout à fait positive. Les nouveaux modes d'exploitation numérique fonctionnent en général sur la base des DRMS («digital rights management systems»). Ceux-ci mettent en œuvre les informations nécessaires pour l'application des différents modes d'exploitation numérique et préviennent ainsi des utilisations sans licence et des comportements abusifs. Outre la gestion de droits numérique, la gestion collective continue d'être utile dans certains domaines restreints. En principe, le producteur devrait être admis à choisir si un droit doit être géré numériquement ou collectivement.*

media
L E X

2/04
69





En point de mire Im Brennpunkt

Vosseler | Neue Geschäftsmodelle mit DRMS

Zusammenfassung: Die Schweizer Produzenten von Ton- und Tonbildträgern, soweit sie in der IFPI Schweiz zusammengefasst sind, stehen der digitalen Rechtswahrnehmung grundsätzlich positiv gegenüber. Die auf der digitalen Technik beruhenden neuen Geschäftsmodelle funktionieren durchweg auf der Grundlage von sog. DRMS (Digital Rights Management Systems). DRMS steuern die Informationen, die zur Durchführung der unterschiedlichen digitalen Auswertungsformen notwendig sind und dämmen unlicenzierte Nutzungen und damit missbräuchliches Verhalten ein. Neben der digitalen Rechtswahrnehmung kann aber auch die kollektive Verwertung in bestimmten eingegrenzten Bereichen von Nutzen sein. Grundsätzlich sollte der Produzent darüber entscheiden dürfen, ob ein Recht digital oder kollektiv wahrgenommen werden soll.

Nutzen der kollektiven Rechtswahrnehmung

Andererseits ist aufgrund der Tatsache, dass der nationale Gesetzgeber vor allem die Tonträgerindustrie bisher häufig in das Korsett gesetzlicher Lizenzen gezwungen hat, ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten, was die kollektive Verwertung anbelangt. Die kollektive Verwertung hat sich in bestimmten traditionellen Bereichen, wie bei unkontrollierbaren Massennutzungen, bewährt und mag sich auch in der Zukunft bei bestimmten Nutzungen als durchaus vorteilhaft erweisen. Verwertungsgesellschaften werden also auch in den kommenden Jahren noch eine Daseinsberechtigung haben.

Rechtswahrnehmung in der Zukunft

Der Schlüssel zu dem vermeintlichen Problem, das sich hinter der Fragestellung «digitale versus kollektive Rechtswahrnehmung» versteckt, befindet sich mithin im Eigentumsrecht des Produzenten: das verwandte Schutzrecht des Tonträger- und Tonbildträgerproduzenten ist - wie das Urheberrecht auch - ein Eigentumsrecht, das grundsätzlich der Verfügungsbefugnis seines Inhabers unterliegt. Der Produzent sollte daher in der Lage sein, selbst zu entscheiden, ob digitale oder kollektive Rechtswahrnehmung im Einzelfall sinnvoller ist. Für eine zukunftsweisende rechtliche Infrastruktur, die der Schweizer Gesetzgeber im Rahmen der Implementierung der WIPO-Verträge von 1996 zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft schaffen sollte, gehört somit folgendes:

- weg von gesetzlichen Lizenzen und Verwertungszwängen;
- hin zu einem umfassenden Schutz durch Exklusivrechte, welche die Verwendung sowohl in körperlicher als auch in unkörperlicher Form sicherstellen;
- lückenloser zivil- und strafrechtlicher Schutz von technischen Schutzmassnahmen und von Informationen der Rechteverwaltung, was für den erfolgreichen Einsatz von DRMS im Rahmen der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle unabdingbar ist;
- Anpassung der bestehenden Schranken an den Dreistufentest der internationalen Konventionen, d.h. eine Beschränkung auf Tatbestände, die weder die normale Verwertung des Tonträgers oder Tonbildträgers beeinträchtigen noch die berechtigten Interessen des Produzenten unzumutbar verletzen.

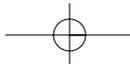
Erst wenn der Schweizer Gesetzgeber diese Kriterien in unser Urheberrechtsgesetz übernommen hat, werden die Schweizer Produzenten in der Lage sein, guten Gewissens vollumfänglich ihre Produktionen in mannigfachen neuen Nutzungsformen auszuwerten. Wir können jetzt nur noch hoffen, dass unser Gesetzgeber im Interesse der Schweizer Kulturschaffenden uns in diesen Forderungen unterstützt. ■

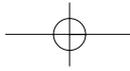
Den Gegenstandspunkt zu diesem Beitrag lesen Sie auf S. 65 f.



media
L E X

2/04
70





En point de mire
Im Brennpunkt

Meldestelle für Cyberkriminalität: 6500 Meldungen, 98 Fälle – und Irritationen aus Zürich

Daniel Gerny

Dr. iur., Bundeshausredaktor der NZZ, Bern

Ausser Mord und schwerer Körperverletzung ist in der virtuellen Welt praktisch jedes Verbrechen denkbar, das auch in der realen vorkommt. Mit der Verbreitung des World Wide Web erfolgte die Globalisierung der Kriminalität in bisher unbekanntem Ausmass - in der Zeit des Internet hat sich die Welt weiter zum Dorf entwickelt. Und dennoch liegt die Kompetenz zur Strafverfolgung in der Schweiz wie bis anhin bei den Kantonen – auch in Bezug auf Kriminalität im Internet. Nur in Fällen, in denen der Bund ohnehin für die Strafverfolgung zuständig ist, wie etwa bei der organisierten Kriminalität oder bei Terrorismus, wird deshalb die Bundesanwaltschaft aktiv. Just bei jenen Delikten, die im Netz besonders häufig vorkommen – wie Kinderpornographie oder Betrugsversuche –, obliegt die Strafverfolgung weiterhin den Kantonen. Das schafft neue Probleme für die Ermittler, denn anders als in den meisten Fällen herkömmlicher Kriminalität wird die strafbare Handlung bei Kriminalität im Internet nicht unbedingt dort entdeckt, wo sie erfolgt, sondern irgendwo. Hinzu kommt, dass die Bekämpfung technische Kenntnisse und eine entsprechende Infrastruktur erfordert.

Die Affäre um die US-Firma Landslide, die auch Schweizer Kunden mit Kinderpornographie versorgte und im Jahr 2002 im In- und Ausland die Öffentlichkeit schockierte, zeigte beispielhaft, wie hoch bei dieser neuen Verbreitungsform von Kriminalität der Koordinationsbedarf auf internationaler und nationaler Ebene ist.

Dennoch ist undenkbar, dass die Kantone Strafverfolgungskompetenzen abgeben; auch der Bundesrat lehnt eine umfassende neue Bundeskompetenz ab. Zwar wird der-

zeit über eine neue Strafnorm im Bereich Netzwerkkriminalität nachgedacht, doch dabei geht es nicht in erster Linie um eine Regelung für die strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Kriminalität im Internet. Und geprüft wird auch eine Bundeskompetenz bei kantonsübergreifenden und internationalen Fällen, doch der Bund würde auch in diesem Fall erst zuständig, wenn die Erkenntnis besteht, dass nicht ein einzelner Kanton betroffen ist.

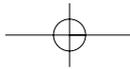
Steigender Koordinations- und Monitoringsbedarf

Der Koordinations- und Monitoringbedarf wächst in diesem Bereich deshalb weiter. Seit gut einem Jahr ist aus diesem Grund die nationale Koordinationsstelle zur effizienten Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK, www.cybercrime.admin.ch) am Werk, eine beim Bundesamt für Polizei angesiedelte Einheit, die als zentrale Anlaufstelle für verdächtige Internet-Inhalte funktioniert und überdies selbst nach strafrechtlich relevanten Inhalten im Internet Ausschau hält. Die Konferenz der kantonalen Justiz und Polizeidirektoren (KKJPD) und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beschlossen im Sommer 2002, kurz bevor der Landslide-Skandal aufflog, die Schaffung dieser Koordinationsstelle. Weil Kobik im Rahmen einer verwaltungsrechtlichen Vereinbarung im Auftrag der Kantone tätig wird, ist keine bundesgesetzliche Grundlage notwendig. Das Fortbestehen von Kobik ist damit zwar nur für jene sechs Monate gesichert, innerhalb derer die Vereinbarung gekündigt werden kann. Ein Grundsatzentscheid, der sich bewährt hat, wie Kobik-Leiter Philipp Kronig feststellt: Auf diese Weise werde positiver Druck geschaffen, der zu Effizienz

Résumé: *Malgré la diffusion d'Internet et la mondialisation de la criminalité qui y est liée, la poursuite pénale des délits typiquement commis par Internet incombe aux cantons. Cela engendre des difficultés de coordination. D'où, début 2003, la création par les cantons et la Confédération du Service national de coordination de la lutte contre la criminalité sur Internet (SCOCI). Un premier bilan révèle que le nombre des dénonciations de contenus à caractère suspect a dépassé les prévisions. Leur qualité est relativement bonne. Le SCOCI est lui-même à la recherche de contenus délictueux. La première année, les cantons ont reçu une centaine de dossiers à traiter. Le canton de Zurich, particulièrement touché par la criminalité sur Internet, ne participe pourtant pas au projet, invoquant des raisons de coût et le fait que le SCOCI n'apporterait pas l'allègement escompté.*

media

L E X
2/04
71





En point de mire Im Brennpunkt

.....
Gerny | Meldestelle für Cyberkriminalität

Zusammenfassung: *Trotz der Verbreitung des Internet und der damit verbundenen Globalisierung der Kriminalität liegt die Kompetenz zur Strafverfolgung typischer «Internet-Delikte» bei den Kantonen. Das schafft Koordinationsprobleme. Die Kantone haben sich deshalb zusammen mit dem Bund auf die Schaffung einer Koordinationsstelle zur effizienten Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik) geeinigt, die seit Anfang 2003 arbeitet. Eine erste Bilanz zeigt: Die Zahl der Meldungen wegen verdächtigen Inhalten liegt über den Erwartungen, deren Qualität ist vergleichsweise hoch. Die Kobik hält ausserdem selbst Ausschau nach strafrechtlich Relevantem. Im ersten Jahr wurden so 100 Verdachtsdossiers angelegt, die zur Weiterbearbeitung an die Kantone geleitet wurden. Der von Internetkriminalität besonders betroffene Kanton Zürich beteiligt sich allerdings nicht an dem Projekt – aus Kostengründen und weil die Kobik nicht die erhoffte Entlastung bringe.*

zwinge – nach dem Motto: «Flexibilität statt Behäbigkeit». Das gewählte Vorgehen hat aber auch zur Folge, dass keine Personendossiers angelegt werden. Kobik sucht deshalb ausschliesslich nach Verdachtsmomenten und nicht nach Personen – dies fällt in den Kompetenzbereich der Kantone. Finanziert wird die Stelle zu einem Drittel durch den Bund (die zur Verfügung gestellte Infrastruktur nicht mit eingerechnet) und zu zwei Dritteln durch die Kantone. 800 Stellenprozente stehen zur Verfügung, welche sich zehn Personen teilen.

Erste Bilanz der Koordinationsstelle Kobik

Was aber hat die Arbeit der Kobik bisher gebracht? Knapp 6500 Meldungen über verdächtige Internetinhalte sind bei der Stelle im ersten Jahr eingegangen. Dabei gilt das Prinzip, dass jeder User melden kann, wenn ihm etwas Verdächtiges auffällt. Die meisten Meldungen betrafen Darstellungen von Kinderpornographie, gefolgt von anderen pornographischen Inhalten und Betrugsversuchen. Rund 12 Prozent der Fälle haben einen Inlandbezug, davon wurde bei einem weiteren Fünftel eine strafrechtliche Relevanz festgestellt. Die entsprechenden Dossiers werden zusammen mit den erfolgten Datensicherungen und der juristischen Begutachtung, aber ohne weitere Abklärungen an die zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Im ersten Jahr zeigte sich, dass die Meldebereitschaft in der Schweiz im internationalen Vergleich hoch ist, doppelt so hoch wie in England beispielsweise, das ein ähnliches Meldesystem kennt. Und – was entscheidend ist – auch die Qualität der Meldungen hat sich schnell verbessert: Die Zahl der Meldungen, die Irrelevantes betreffen, also beispielsweise bloss softpornographische und damit nicht unter das Strafgesetzbuch fallende Inhalte, hat schon in den ersten Monaten spürbar abgenommen, wie Kronig berichtet. Dass aus den 6500 Meldungen der ersten zwölf Monate 25 Verdachtsdossiers entstanden, wertet er als Erfolg.

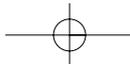
Auch im Bereich Monitoring zieht Kronig eine positive Bilanz: Mit Hilfe von auch in Eigenregie entwickelten technischen Hilfs-

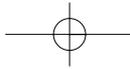
mitteln, die laut Kronig auch im Ausland auf reges Interesse stossen, konnten 2003 gar 75 Verdachtsdossiers angelegt werden. Auch dies eine vergleichsweise hohe Ausbeute, sagt Kronig, und verweist auf das Beispiel Deutschland. Berücksichtigt man, dass die Internetpopulation in Deutschland rund zehn Mal so gross ist als hierzulande, so weist die Schweiz eine rund fünf Mal grössere Aufklärungsrate aus. Die Kobik versucht dabei, die Überwachung auf Sachverhalte mit Bezug zur Schweiz einzugrenzen. Thematischer Schwerpunkt auch in diesem Bereich – dem Vorkommen von Internetkriminalität entsprechend und auftragsbedingt: Kinderpornographie.

Zürich's Alleingang

100 Verdachtsdossiers im ersten Jahr, wovon 98 weitere Ermittlungen in den Kantonen nach sich zogen, darunter einige grosse Fälle, und zu allem eine generalpräventive Wirkung infolge der Tätigkeit der Koordinationsstelle – alles zum Besten also? Es erstaunt nicht, dass auch die Tätigkeit von Kobik umstritten ist. Seit Beginn weigert sich der Kanton Zürich als einziger, aber bevölkerungsreichster Kanton standhaft, sich an dem Projekt zu beteiligen, und dies obwohl die Arbeit der Kobik auf Polizeiebene laut Kronig geschätzt wird. Für die Koordinationsstelle bedeutet Zürichs Entscheidung in erster Linie einen finanziellen Ausfall in Höhe von rund 100 000 Franken, Mittel die für eine dringend benötigte Stelle eingesetzt werden könnten.

Der Abschluss der Verwaltungsvereinbarung ist durch den Kanton Zürich abgelehnt worden, «weil die darin vorgesehene Aufgaben- und Kostenteilung zwischen Bund und Kantonen nicht zu überzeugen vermochten», wie es dazu in der Antwort der Zürcher Regierung auf eine parlamentarische Anfrage heisst. Dahinter stecken aber auch grundsätzliche Bedenken: Dem Kanton Zürich nütze die Arbeit der Kobik gar nichts, schreibt die Regierung. An der verhärteten Ausgangslage hat sich bis heute nicht geändert – Zürich steht abseits. Die Situation ist paradox, weil Zürich besonders stark von der Arbeit der Stelle profitiert, wie Kronig sagt. 70 Verdachtsdossiers konnten in den ersten 16 Monaten an den Kanton Zürich weitergegeben werden – das ist die Mehrheit aller von der Koordina-





En point de mire Im Brennpunkt

tionsstelle als relevant eingestuften Fälle. Die Kobik bearbeitet zwar keine Meldungen aus dem Kanton Zürich, doch ergeben sich aufgrund von Meldungen aus anderen Kantonen oder im Zuge des Monitorings Verdachtsmomente, die Zürich betreffen, so werden die Erkenntnisse weitergeleitet. Gleichzeitig wird der Kanton entlastet, weil die Triage durch die Kobik dazu führt, dass sich die Zürcher Strafver-

folgungsbehörden weniger mit Meldungen beschäftigen müssen, welche andere Kantone betreffen. Auf diese Weise profitiert der Kanton Zürich von einer Leistung, die er nicht mitfinanziert. Eine Aussage allerdings, die der stets um Zusammenarbeit bemühte Kobik-Leiter Philipp Kronig so nie machen würde. ■

D'AUTRE PART UND AUSSERDEM

Petite révision de la LDA, faute d'entente

Vers la fin de l'année, le Conseil fédéral soumettra un projet de révision de la loi sur la droit d'auteur (LDA) à la procédure de consultation. Les ambitions affichées dans l'avant-projet de 2002 seront diminuées. Motif: l'impossibilité pour les milieux concernés de rapprocher leurs points de vues. De juin 2002 à septembre 2003, quatre groupes de travail ont été l'œuvre. Tous se sont séparés sur un constat d'échec, sauf le groupe destiné à trouver des exceptions au droit d'auteur pour les handicapés. Les groupes qui ont planché sur les relations entre utilisateurs et sociétés de gestion, la position juridique des producteurs et le droit de suite n'ont trouvé aucun terrain d'entente.

Le texte qui sera soumis à consultation se limitera pour l'essentiel à adapter la LDA aux exigences des deux traités adoptés en 1996 à Genève dans le cadre de l'OMPI, celui sur le droit d'auteur, et celui sur les interprétations et exécutions et les phonogrammes (il s'agit notamment de créer une base pour des mesures techniques de protection du droit d'auteur et d'assurer la coexistence de celle-ci avec les exceptions au droit d'auteur aujourd'hui reconnues). D'autre part, pour les personnes malvoyantes, on introduira une nouvelle exception, calquée sur le droit allemand, de manière à faciliter la publication de livres en braille. La question de savoir si on introduira un article sur les producteurs est encore ouverte. Il n'y aura rien en revanche sur le droit de suite, ni sur le centime pour les prêts des bibliothèques.

Va-t-on introduire la redevance sur les appareils de reprographie, telle qu'elle existe en Allemagne? Une motion de la socialiste zurichoise Anita Thanei, déposée en mars 2004 au Conseil national, le demande. La facturation des photocopies, telle que doit la pratiquer aujourd'hui ProLitteris, entraîne des frais administratifs considérables. Et l'usage de plus en plus fréquent de l'ordinateur pour les copies a pour effet de diminuer les recettes provenant des taxes perçues sur les cassettes et disques vierges. Une redevance sur les

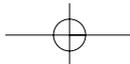
appareils permettrait de remédier à ces situations. A l'Institut fédéral de la propriété intellectuelle, on y est favorable. Mais tout va dépendre du sort que le parlement réservera à la motion Thanei. ■

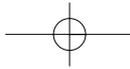
Le combat de la SSR contre les fenêtres de M6

La SSR n'est pas prête à admettre ces fenêtres publicitaires que M6 diffuse pour la Suisse romande depuis le 15 janvier 2002.. Sa crainte : que cet agissement trouve des imitateurs. Elle attend avec impatience le verdict sur l'action qu'elle a engagée devant le Tribunal cantonal fribourgeois en novembre 2003. Six mois plus tard, M6 n'avait toujours pas déposé sa réplique! Il faudra s'armer de patience... Calculés au plein tarif, les spots diffusés par M6 pour son auditoire suisse représentent entre 7 et 9 millions de francs par an. Les recettes réelles sont sans doute moindres, plusieurs annonceurs obtenant ces spots à prix d'ami ou à titre de prime pour d'autres contrats conclus.

A ce jour, la SSR a perdu deux fois. Une fois à Paris le 21 novembre 2003, devant le Conseil d'Etat français; une fois à Fribourg le 24 mars 2003, devant le Tribunal cantonal, sur une demande de mesures provisionnelles. A Paris, le juge rapporteur (le commissaire du gouvernement) avait proposé l'admission du recours de la SSR, estimant que la convention entre le CSA et M6 de 2001 était entachée d'erreurs, du fait surtout qu'elle ne contient pas de sanctions pénales. Fait rarissime dans les annales : le Conseil d'Etat a refusé de suivre le commissaire du gouvernement, estimant que la convention en question doit être lue à la lumière de la convention principale liant M6 au CSA et que l'affaire, pour le reste, relève du droit privé.

A Fribourg, les juges cantonaux ont estimé que la SSR n'est pas exposée à un dommage difficilement réparable, que l'agissement de M6 ne l'expose «qu'à une baisse de ses recettes publicitaires, soit un préjudice pécuniaire réparable au fond sans difficultés majeures». La menace d'une perturbation du marché de la publicité de la télévision en Suisse n'apparaît pas vraisemblable, ni le risque d'une perte de





En point de mire Im Brennpunkt

parts de marché. L'arrêt a d'autre part refusé à la SSR la qualité pour se plaindre d'une atteinte au droit d'auteur, estimant que les contrats de licence qu'elle a conclus avec certains producteurs américains ne lui ont pas transféré les droits d'auteur. Seul lui a été reconnu le droit d'agir pour violation de la loi contre la concurrence déloyale. Sur un point, l'arrêt était satisfaisant néanmoins aux yeux de la SSR. Il semble partager l'avis de celle-ci lorsqu'elle affirme que le signal envoyé par M6 au satellite Eutelsat contenant les fenêtres suisses représente bien un second signal, distinct du premier signal destiné à la France, même si le programme en tant que tel est identique au programme diffusé par M6 pour le marché français et qui peut être capté en Suisse grâce au phénomène de débordement.

Aujourd'hui, la SSR place tous ses espoirs dans son action sur le fond à Fribourg. Si les câbleurs de Genève et de Lausanne n'ont pas repris le signal avec les fenêtres litigieuses, il n'en va pas de même pour Cablecom, qui, précisément, exploite un réseau à Fribourg. D'où le choix de cette ville pour le dépôt de l'action. La SSR estime d'une part qu'il y a concurrence déloyale, en ce sens que M6 viole les contrats d'exclusivité conclus par la SSR avec les producteurs de films américains, ce qui lui fait perdre l'avantage qu'elle était en droit d'attendre sur le marché. Elle fait valoir d'autre part une atteinte à la loi sur le droit d'auteur, puisque pour les films inclus dans le second signal, manifestement destinés à la Suisse, M6 n'a pas reçu d'autorisation des producteurs américains. Les juges fribourgeois ont deux questions à trancher: la SSR est-elle légitimée pour agir? Le signal de M6 contenant les fenêtres suisses est-il un deuxième signal? Si on se réfère à l'arrêt du 24 mars 2003, la SSR est à l'aise pour ce qui est de la légitimation active concernant le grief de concurrence déloyale. Concernant le droit d'auteur, elle devrait démontrer qu'elle est au bénéfice d'une cession de droits, et non d'une licence d'utilisation seulement. Or, dans leurs contrats, les producteurs américains ne cèdent jamais les droits. En l'occurrence, ils ont néanmoins fait savoir par écrit qu'ils soutenaient l'action de la SSR et que celle-ci doit être considérée comme titulaire des droits, dans les faits. Quant à l'existence d'un deuxième signal, elle est vivement contestée par M6. Ici, la SSR ne devrait pas avoir trop de peine à imposer son point de vue. Il est manifeste que M6 envoie à son satellite un deuxième signal, de manière à pouvoir inclure des spots publicitaires destinés uniquement à la Suisse. Implicitement, c'est aussi ce que dit l'arrêt du Conseil d'Etat français.

Il reste une dernière piste à exploiter pour la SSR: la Convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière. La SSR tente de bousculer un OFCOM somnolant, afin d'obtenir, du Comité permanent pour la télévision transfrontière, une interprétation de l'art. 16 de ladite convention, notamment sur la notion de bassin de population limité. La SSR souhaiterait que ce comité reconnaisse une sorte d'exception culturelle pour les régions minoritaires. Déjà, l'Irlande a agi dans ce sens. ■

Les «oublis» de la Poste

Il ne suffit pas qu'un photographe donne l'autorisation pour l'utilisation de son œuvre pour que celui-ci puisse ensuite être utilisée sous forme de timbre-poste. Lorsque l'objet de la photo est lui-même une œuvre protégée, il s'agit d'être prudent. Faute de l'avoir été, le Poste a dû, en début d'année, payer des indemnités et retirer le timbre en question. Désireuse de reproduire le fauteuil LC 2 du Corbusier pour son nouveau timbre à 1 franc, la Poste s'était procuré aux archives du Musée des arts décoratifs de Zurich un cliché dudit fauteuil, muni de la notice «droits du photographe réglés». Se croyant libre d'agir, elle a ensuite imprimé le timbre, pour le mettre en circulation le 1er janvier 2004. Informée quelques jours avant, ProLitteris se met en rapport avec l'ADAGP en France, sa société sœur, dont la fondation Le Corbusier est membre. Il est vite apparu que si les droits du photographe avaient été réglés, ceux de la Fondation sur le fauteuil ne l'avaient pas été. En tant qu'œuvre des arts appliqués, le LC 2 est protégée, comme le Tribunal fédéral a déjà eu l'occasion de le constater (ATF 113 II 190). D'entente avec la Fondation, ProLitteris s'est déclarée prête à laisser le timbre en circulation jusqu'en mars 2004, moyennant indemnisation, et à donner son autorisation pour un nouveau timbre correspondant aux désirs de la Fondation (celle-ci n'était pas satisfaite de l'arrière-plan choisi et de l'absence du nom de l'auteur et du copyright). La Poste a finalement préféré réaliser un nouveau timbre avec la «Landstuhl» de Hans Corey, mis en circulation dès le 1er avril 2004. Elle a payé l'indemnisation pour les 22 millions d'exemplaires qu'elle avait réalisés et s'est excusée. Au total, cette mésaventure lui a coûté 300 000 francs. ■

Öffentlichkeitsprinzip: Zürcher Melting Pot

Auch der Kanton Zürich bereitet sich vor, vom Geheimhaltungsprinzip zum Öffentlichkeitsprinzip überzugehen, «um mehr Transparenz zu schaffen und das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und die Glaubwürdigkeit des staatlichen Handelns zu erhöhen», wie der Regierungsrat schreibt. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte bis am 14. Mai. Das Gesetz über die Information und den Datenschutz wird - wie sein Name sagt - beides beibehalten: den Zugang zu den amtlichen Dokumenten wie den Schutz der Personendaten. Schon der Kanton Solothurn hat ein solches Vorgehen gewählt. Der Zürcher Entwurf geht noch weiter in diese Richtung, indem die beiden Materien nicht parallel geregelt sind, sondern verzahnt wurden. Bis jetzt haben die anderen Kantone verzichtet, Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz im gleichen Erlass zu erfassen. Der Kanton Neuenburg startete eine Vernehmlassung über ein Gesetz über Zugang zu offiziellen Dokumenten und ein Gesetz über Datenschutz. Der Zürcher Gesetzesentwurf macht den Zugang zu Informationen für Private gebührenpflichtig. ■

